

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Landwirtschaft stärken und Betriebe entlasten – Kosten senken, Bürokratie abbauen und Wettbewerbsfähigkeit sichern

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die landwirtschaftlichen Betriebe in Thüringen sind ein zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur des Landes. Sie sichern die Versorgung mit Lebensmitteln, tragen zur regionalen Wertschöpfung bei, prägen und erhalten die Kulturlandschaft im ländlichen Raum und leisten durch eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung der Flächen einen bedeutenden Beitrag zum Natur- und Umweltschutz.
2. Die landwirtschaftlichen Betriebe stehen jedoch unter wachsendem wirtschaftlichem Druck. Insbesondere die stark gestiegenen Kosten für Kraftstoffe und Düngemittel stellen eine erhebliche Belastung dar. Landwirtschaftliche Produktionsprozesse sind in besonderer Weise von diesen Faktoren abhängig, sodass Preissteigerungen unmittelbar auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit durchschlagen.
3. Ein wesentlicher Teil dieser Kostensteigerungen ist politisch bedingt. Hohe Steuern und Abgaben, insbesondere die Bepreisung von Kohlenstoffdioxid (CO₂) sowie die Aufkündigung der Energie- und Handelspartnerschaft mit Russland tragen erheblich zur Verteuerung von Energie und Betriebsmitteln bei.
4. Gleichzeitig können landwirtschaftliche Betriebe ihre gestiegenen Kosten häufig nicht in vollem Umfang am Markt durchsetzen. Die Preisbildung wird maßgeblich durch wenige große Akteure im Lebensmitteleinzelhandel beeinflusst, während die landwirtschaftlichen Betriebe die Produktionsrisiken tragen.
5. Zusätzlich verschärfen ungleiche Wettbewerbsbedingungen die Situation. Importierte Agrarprodukte unterliegen häufig nicht den gleichen Produktions-, Umwelt- und Qualitätsstandards wie in der Bundesrepublik Deutschland erzeugte Lebensmittel und führen zu Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der heimischen Betriebe.
6. Die zunehmende Abhängigkeit von Importen im Bereich einiger Lebens- und Düngemittel stellt ein Risiko für die Ernährungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und in Thüringen dar und

schwächt die heimische Landwirtschaft als strategische Grundlage der Daseinsvorsorge.

7. Parallel dazu ist ein anhaltender Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe sowie eine zunehmende Flächenkonzentration zu beobachten. Diese Entwicklung geht einher mit steigenden Bodenpreisen und zunehmender Bodenspekulation sowie dem verstärkten Erwerb landwirtschaftlicher Flächen und Betriebe durch branchenfremde und ausländische Investoren. Sie gefährdet Arbeitsplätze, Investitionen, die regionale Verankerung der Landwirtschaft sowie die soziale sowie ökonomische Stabilität des ländlichen Raums.
8. Die bürokratischen Belastungen für landwirtschaftliche Betriebe sind weiterhin hoch. Eine Vielzahl von Anzeige-, Melde-, Nachweis- und Dokumentationspflichten, das Erfordernis mehrfacher Meldungen bei Behörden, fehlende Schnittstellen zwischen digitalen Fachverfahren und Datenbanken sowie nicht praxistaugliche digitale Anwendungen führen zu einem enormen Verwaltungsaufwand bei den Landwirten und binden Ressourcen, die in der betrieblichen Praxis fehlen.
9. Defizite in der personellen Ausstattung zuständiger Behörden – insbesondere des Landesamts für Landwirtschaft und Ländlichen Raum – gefährden die ordnungsgemäße und fristgerechte Durchführung von Zwischen- und Abschlussprüfungen in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Engpässe beim Prüfungspersonal führen zu Unsicherheiten und Verzögerungen, die Ausbildungsbetriebe und Auszubildende gleichermaßen belasten und die Nachwuchsgewinnung in den grünen Berufen gefährden.
10. Angesichts dieser Situation ist ein Handeln der Landesregierung erforderlich. Die landwirtschaftlichen Betriebe im Freistaat Thüringen müssen spürbar entlastet und in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. dem Landtag binnen sechs Monaten ein konkretes Maßnahmenpaket zum Bürokratieabbau in der Landwirtschaft in Thüringen vorzulegen; darin möge verbindlich dargestellt werden
 - a) die Zusammenführung, Vereinfachung oder Abschaffung der Anzeige-, Melde-, Nachweis- und Dokumentationspflichten;
 - b) die Umsetzung des Prinzips „Einmal erfassen – mehrfach nutzen“, indem Mehrfachmeldungen durch funktionierende Schnittstellen zwischen bestehenden Datenbanken und Fachverfahren vermieden werden;
 - c) die praxistaugliche und nutzerfreundliche Ausgestaltung digitaler Verfahren;
 - d) die Einführung und Anpassung von Bagatellgrenzen und Toleranzregelungen, sodass geringfügige Abweichungen nicht mehr zu unverhältnismäßigen Sanktionen führen;
 - e) die Gewährleistung von Planungssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe durch Selbstverpflichtung der Landesbehörden zur frühzeitigen Ankündigung von Verfahrensänderungen;
2. alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Nachwuchsgewinnung in den grünen Berufen gezielt zu stärken; dazu gehört insbesondere,
 - a) die ordnungsgemäße und fristgerechte Durchführung von Zwischen- und Abschlussprüfungen in der landwirtschaftlichen Ausbildung dauerhaft und flächendeckend zu gewährleisten,

- indem zu jeder Zeit eine ausreichende personelle Ausstattung der zuständigen Stellen im Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum sichergestellt wird;
- b) die Meisterausbildung in den grünen Berufen vollständig kostenfrei auszugestalten und dabei sicherzustellen, dass die Teilnehmer auf keinerlei Ausbildungs-, Prüfungs-, Lehrgangs- oder ausbildungsbedingten Nebenkosten sitzenbleiben sowie dass die Kostenfreiheit für sämtliche Abschlüsse auf DQR-Niveau 6 und 7 gilt;
3. sich mit dem Ziel der Preissenkung bei landwirtschaftlich genutzten Kraftstoffen und Energieträgern sowie von Düngemitteln auf Bundes- und Ebene der Europäischen Union (EU) dafür einzusetzen,
 - a) dass die CO₂-Bepreisung ausgesetzt und perspektivisch abgeschafft wird;
 - b) die Energiesteuer auf das europarechtlich zulässige Mindestniveau abgesenkt wird;
 - c) die Mehrwertsteuer auf landwirtschaftlich genutzte Kraftstoffe und Energieträger sowie Mineraldünger auf den ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent abgesenkt wird;
 4. sich auf allen Ebenen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung einzusetzen und hierbei insbesondere
 - a) auf eine Diversifizierung von Energie- und Handelspartnerschaften – auch unter Einbeziehung von Russland – hinzuwirken;
 - b) wirtschaftlich sinnvolle und verfügbare Energiebezugsquellen (dazu gehören auch Erdöl, Erdgas, Kohle und Kernenergie) zu erschließen und zu nutzen;
 5. sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen,
 - a) dass die inländische Produktion von Düngemitteln gestärkt beziehungsweise wieder aufgebaut wird;
 - b) Abhängigkeiten von Importen im Bereich landwirtschaftlicher Güter und Nahrungsmitteln reduziert werden;
 6. sich auf allen Ebenen für faire Wettbewerbsbedingungen in der Landwirtschaft einzusetzen und hierbei insbesondere darauf hinzuwirken, dass
 - a) einheitliche Produktions-, Umwelt- und Qualitätsstandards für importierte Agrarprodukte durchgesetzt werden;
 - b) eine transparente Herkunftskennzeichnung für Agrarprodukte verpflichtend eingeführt wird;
 - c) eine angemessene Beteiligung landwirtschaftlicher Produktionsbetriebe an der Preisgestaltung sichergestellt wird;
 - d) Handelsabkommen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft überprüft und das Ziel des Schutzes und der Stärkung der heimischen Landwirtschaft bei deren Abschluss oder Nachverhandlung stärker berücksichtigt werden;
 - e) wirksame Maßnahmen gegen übermäßige Konzentration landwirtschaftlicher Flächen in der Hand externer oder nichtlandwirtschaftlicher Investoren geprüft werden.

Begründung:

Die Landwirtschaft in Thüringen steht unter erheblichem Druck. Insbesondere die stark gestiegenen Kosten für Energie, Kraftstoffe und Düngemittel treffen eine Branche, die in besonderer Weise auf stabile und bezahlbare Rahmenbedingungen angewiesen ist. Landwirtschaftliche Produktionsprozesse sind energie- und betriebsmittelintensiv, sodass Preissteigerungen in diesen Bereichen unmittelbar auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe durchschlagen.

Ein wesentlicher Teil dieser Kostenentwicklung ist politisch bedingt. Steuern, Abgaben und insbesondere die CO₂-Bepreisung wirken als zusätzliche Kostentreiber und verschärfen die wirtschaftliche Lage der Betriebe. Gleichzeitig profitieren staatliche Haushalte von steigenden Preisen, während die landwirtschaftlichen Betriebe die Belastungen tragen.

Hinzu kommt, dass viele Betriebe ihre gestiegenen Kosten nicht in vollem Umfang über den Markt weitergeben können. Die Preisbildung wird maßgeblich durch wenige große Akteure im Lebensmitteleinzelhandel beeinflusst, wodurch sich die Preisgestaltung zulasten der landwirtschaftlichen Betriebe verschiebt. Die Schere zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist weit geöffnet.

Zusätzlich wird die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft durch ungleiche Wettbewerbsbedingungen beeinträchtigt. Importierte Agrarprodukte unterliegen häufig nicht denselben Standards wie in Deutschland erzeugte Lebensmittel. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen und setzt die heimischen Betriebe zusätzlich unter Druck.

Gleichzeitig wächst die Abhängigkeit von Importen, was langfristig Risiken für die Versorgungssicherheit birgt.

Parallel dazu bindet die hohe Bürokratiendichte erhebliche Ressourcen in den Betrieben. Mehrfachmeldungen, ineffiziente digitale Verfahren und unverhältnismäßige Dokumentationspflichten führen zu vermeidbarem Verwaltungsaufwand. Eine konsequente Vereinfachung der Verfahren sowie die bessere Nutzung bereits vorhandener Daten sind daher dringend erforderlich. Auch der Thüringer Bauernverband e.V. hat in diesem Zusammenhang einen umfangreichen Forderungskatalog zum Bürokratieabbau vorgelegt.

Defizite bestehen weiterhin im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildung. Verzögerungen und Unsicherheiten bei Prüfungsverfahren infolge personeller Engpässe belasten die Betriebe und gefährden die Nachwuchsgewinnung.

Vor diesem Hintergrund ist ein entschlossenes politisches Handeln erforderlich. Ziel muss es sein, die landwirtschaftlichen Betriebe spürbar zu entlasten, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Kosten zu senken.

Für die Fraktion:

Muhsal